

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

ETA-Bombe im Familienauto

(spk) Bei einem Bombenanschlag in der baskischen Hafenstadt San Sebastian, das der Terrororganisation ETA zugeschrieben wird, ist am Montag die Tochter eines Polizisten getötet worden. Ihr Vater hatte sie und ihre drei Geschwister zur Schule fahren wollen. Als die Tochter ins Auto stieg, explodierte der daran befestigte Sprengsatz.

Amnestie in Saudi-Arabien

Saudi-Arabien König Fahd hat eine Amnestie für eine «grosse Zahl von Häftlingen» erlassen, die wegen verschiedener Verbrechen verurteilt worden waren. Dies berichtete die saudiarabische Nachrichtenagentur am Sonntag, ohne jedoch die Zahl der Amnestierten zu nennen. Anlass für die Amnestie sei der islamische Fastenmonat Ramadan, hiess es weiter.

Frankreich gelangt an UNO

Frankreich hat den Vereinten Nationen und den Verbündeten «konkrete Vorschläge» vorgelegt, um das Elend der Kurden zu mildern und eine «Palästinisierung» der Kurden zu verhindern. Sie sehen die Rückkehr der Kurden in ihre Heimat «mit Hilfe und unter dem Schutz der UNO im Rahmen der UNO-Resolution 688» vor. Das bestätigte das Pariser Aussenministerium am Montag.

Erfolg für die Sozialisten

Die Ungarische Sozialistische Partei hat am Sonntag bei Nachwahlen in zwei Budapester Wahlbezirken die Parlamentssitze gewonnen. Die Wahlbeteiligung war nur äusserst gering und überschritt nur knapp die für die Gültigkeit erforderliche 25-Prozent-Klausel. Die aus dem Reformflügel der Kommunisten hervorgegangene Partei hatte bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr nur 8,55 Prozent der Stimmen für sich gewinnen können.

Dubcek in München

Der tschechoslowakische Parlamentspräsident Alexander Dubcek ist am Montag zum Auftakt eines dreitägigen Deutschland-Besuchs in München eingetroffen. In der bayerischen Landeshauptstadt waren Gespräche mit Parteien sowie mit Ministerpräsident Max Streibl vorgesehen. Dubcek und seine Delegation reisen am Dienstag nach Düsseldorf und von dort nach Bonn weiter.

EG-Aussenminister weiter zerstritten

Luxemburg (AP) Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt es nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung der von den zwölf Mitgliedstaaten angestrebten politischen Union. Bei der vierten Regierungskonferenz auf Ministerbene, die sich seit Dezember mit der entsprechenden Ergänzung des Gemeinschaftsrechts beschäftigt, konnten sich die EG-Partner am Montag in Luxemburg weder auf ein gemeinsames verteidigungspolitisches Konzept noch auf eine entscheidende Verbesserung der Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments verständigen.

Allerdings lag den Aussenministern am Montag erstmals ein lückenloser Vertragsentwurf der luxemburgischen EG-Präsidentenschaft vor, von dem Diplomaten sagten, er bilde eine gute Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Umstritten ist aber, wann und mit welcher Verbindlichkeit die EG-Staaten sich zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchbringen können. Ferner besteht Uneinigkeit, ob das Europaparlament dem Ministerrat im Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft gleichgestellt werden soll.

Die Überfremdung am Arbeitsplatz ist nicht gestoppt worden»

Zur neuesten Ausgabe der Ausländerstatistik: Erheblicher Anstieg der Grenzgängerszahl – Ergebnisse einer Forschungsarbeit über Ausländerfragen

(G.M.) – Die Ausländerstatistik mit Stichtag 31. Dezember 1990 zeigt, wie bereits in unserer Ausgabe vom Montag ausführlich berichtet, wiederum einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr auf. Entgegen den Äusserungen von Regierungschef Hans Brunhart, wonach die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung stabilisiert werden konnte, ist im vergangenen Jahr erneut ein Anstieg um 2 Prozent festzustellen. In einer Forschungsarbeit über die teilweise Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens mit der Schweiz, die vor kurzem veröffentlicht wurde, heisst es dazu: «Die liechtensteinische Regierung ist allerdings weit davon entfernt, das Problem der Überfremdung in den Griff zu bekommen – sie hat das Problem im wesentlichen an die Grenze verschoben.»

Die restriktive Zulassungspolitik der Regierung in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass die Zahl der Jahresaufenthalter im Vergleich zu früher zurückgegangen ist, während im gleichen Zeitraum die Ausländer mit Niederlassungsbewilligung einen Anstieg zu verzeichnen hat. Die Zahl der Jahresaufenthalter reduzierte sich im Jahre 1990 auf 2055 Per-

sonen, nachdem im Jahr zuvor noch 2242 Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung registriert worden waren. Dem Rückgang von 8,3 Prozent an Aufenthaltsbewilligungen steht die Zunahme von 5 Prozent der Niederlassungsbewilligungen auf 8 163 (7777) gegenüber.

Umverlagerung der Bewilligungen
Das gleiche Bild mit einem Rückgang der Zahl der Jahresaufenthalter zugunsten der Niedergelassenen zeigt sich auch im Vergleich der letzten zehn Jahre, seit die teilweise Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens mit der Schweiz in Kraft getreten ist. Waren vorher die Zahlen für die Jahresaufenthalter in der Regel höher als im Vorjahr, so ist seither eine kontinuierliche Abnahme festzustellen. Auf der anderen Seite präsentiert sich das Bild bei der Niederlassungsbewilligungen genau auf die umgekehrte Seite: Seit 1980 ist eine stetige Zunahme der Niedergelassenenzahl zu registrieren. Standen also 1980 noch 3754 Jahresaufenthalter in der Statistik, so waren es 1990 nur noch 2055 Personen mit Aufenthaltsbewilligung – immerhin 1699 oder 45,3 Prozent weniger. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Niedergelassenen

von 5492 auf 8163 Personen an – 2671 Personen mit Niederlassungsbewilligung oder 48,6 Prozent mehr.

Mehr Grenzgänger als im Vorjahr

Auch die Zahl der Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich ist, wie bereits berichtet, innert Jahresfrist erneut angestiegen. Die Grenzgängerszahl aus der Schweiz erhöhte sich 1990 um 2,3 Prozent, während die Ziffer der Zupendler aus Österreich um 8,2 Prozent innerhalb des letzten Jahres anstieg. Die Vermutungen und Interpretationen aus den in regelmässigen Abständen erscheinenden Ausländerstatistiken des Amtes für Volkswirtschaft, wonach sich die Überfremdung zahlenmässig nicht zurückgebildet und im Bereich der «Überfremdung am Arbeitsplatz» sogar verschärft habe, wird durch eine Forschungsarbeit aus der Schweiz, die vor kurzem veröffentlicht wurde, erhärtet. Thomas Hasler fasst seinen Beitrag über «Die teilweise Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens zwischen Liechtenstein und der Schweiz» mit den Worten zusammen: «Die liechtensteinische Regierung ist allerdings weit davon entfernt, das Problem der Überfremdung in den Griff zu be-

kommen – sie hat das Problem im wesentlichen an die Grenze verschoben». In der Zeit, in der das Freizügigkeitsabkommen mit der Schweiz ausser Kraft gesetzt wurde, hält er weiter fest, sei der «Anteil der Schweizer Grenzgänger massiv angestiegen.»

Andere Schlussfolgerungen

Die Arbeit der «Forschungsstelle für Politische Wissenschaft» in Zürich kommt damit zu ganz anderen Schlussfolgerungen als Regierungschef Brunhart, der in seinem Vortrag «Liechtenstein – morgen und übermorgen» 1988 gesagt hatte: «Allerdings glaube ich, dass die bisherige Ausländerpolitik immerhin den Erfolg gehabt hat, eine Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung zu erreichen, ohne dass unsere Wirtschaft bzw. einzelne Branchen in existentieller Weise in ihrer Entwicklung behindert worden wären.» Bezogen auf die Zahl der Schweizer in Liechtenstein bemerkt Thomas Hasler in seiner Arbeit dazu: «Der Rückgang der Überfremdung in Liechtenstein erhält damit den Beigeschmack des Scheinerfolgs. Denn die Überfremdung am Arbeitsplatz ist damit in keiner Weise gestoppt worden.»

Liechtenstein und die Wirtschaftsentwicklung im Osten

Gestern wurde die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) formell eröffnet

(G.M.) – Auch das Fürstentum Liechtenstein beteiligt sich am Wiederaufbau des europäischen Ostens. Gestern wurde in London mit liechtensteinischer Beteiligung die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) eröffnet. Da unser Land zu den Gründungsmitgliedern der BERD gehört, steht ihm auch ein Sitz im Gouverneursrat zu. Zum liechtensteinischen Gouverneur wurde Dr. Egmond Frommelt durch die Regierung bestellt.

Die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) wurde geschaffen, um jenen Ländern Mittel- und Osteuropas Unterstützung zu gewähren, die sich zu den Grundsätzen der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und der sozialen Marktwirtschaft bekennen. Die Unterstützung der Bank dient nach dem Zweckartikel des Abkommens dazu, den Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft zu begünstigen sowie die private wie unternehmerische Initiative zu fördern. Wenn ein Land Mittel- und Osteuropas aufgrund dieser Kriterien als Darlehensnehmer grundsätzlich feststeht, werden alle sich anschließenden Entscheide über die Gewährung finanzieller Unterstützung nur noch nach

wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen.

Landtag einhellig dafür

Als die Regierung die Vorlage über den Beitritt zur BERD im vergangenen Herbst vorlegte, stimmte der Landtag anfangs Dezember 1990 einhellig der liechtensteinischen Beteiligung zu. Sprecher beider Fraktionen sprachen sich für diesen Akt der Solidarität mit den mittel- und osteuropäischen Staaten aus und hielten den finanziellen Beitrag Liechtensteins für gerechtfertigt. «Unser Land hat», meinte der VU-Abgeordnete Manfred Biedermann im Landtag, «auch wenn es in seinen finanziellen Möglichkeiten beschränkt ist, die Verpflichtung und die Verantwortung, seinen Anteil an eine positive Entwicklung zu leisten.» Der FBP-Abgeordnete Josef Büchel, der in seiner Eigenschaft als Europaparlamentarier immer wieder mit der Problematik der Aufbauhilfe für Osteuropa konfrontiert wird, pflichtete ihm bei: «Auch wenn das Wort Solidarität zum Teil überstrapaziert wird, möchte ich es in diesem Zusammenhang dennoch gebrauchen und sagen, dass der Beitritt zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ein wirklicher Akt der

Solidarität ist, dass auch wir als Kleinstaat dazu stehen können und auch dazu stehen sollten.»

Franszösische Initiative

Die Initiative zur Schaffung der BERD ging vom französischen Staatspräsidenten François Mitterand aus, die vom Europäischen Rat der Europäischen Gemeinschaft am Gipfel in Strassburg 1989 als Reaktion auf die dramatischen Veränderungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas unterstützt wurde. Unser Land war im März 1990 bei den Verhandlungen durch den Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Roland Marxer, vertreten. Regierungschef Hans Brunhart unterzeichnete die Gründungsakte der Bank am 29. Mai 1990, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags, in Paris. Die Beteiligung Liechtensteins in Höhe von 0,02 Prozent am Gesamtkapital der BERD von 10 Milliarden ECU bedeutet eine Kapitalverpflichtung von rund 3,6 Millionen Franken. Davon sind 30 Prozent direkt verfügbar zu halten, die anderen 70 Prozent sind in Form einer Garantieverpflichtung zu leisten.

Siehe auch die Stellungnahme des FBP-Abgeordneten Josef Büchel im Innern der heutigen Ausgabe.

Stabilisierung des Energieverbrauchs

Bern (AP) In der Schweiz wurde 1990 praktisch gleich viel Energie verbraucht wie im Vorjahr. Die Zunahme von 0,1 Prozent liegt deutlich unter der durchschnittlichen Steigerung von 1,3 Prozent in den letzten zehn Jahren. Die höheren Temperaturen sind gemäss einer Mitteilung des EVED vom Montag der Hauptgrund für die Stabilisierung. Abgenommen hat der Verbrauch von Heizöl und Fernwärme, während Elektrizität, Gas, Kohle, Brennholz und Autotreibstoffe Zunahmen verzeichneten.

Die Energienachfrage sei im vergangenen Jahr praktisch stabil geblieben, obwohl das Bruttoinlandsprodukt um 2,5 bis drei Prozent gewachsen sei, schreibt das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED). Die Wohnbevölkerung habe zudem in gleichen Zeitraum um 0,4 Prozent zugenommen, 40 000 neue Wohnungen seien erstellt worden und die Anzahl der Fahrzeuge habe eine Steigerung von 4,6 Prozent erfahren. Nebst der warmen Witterung, welche zu einer Verminderung der Heizgradtage um 4,2 Prozent geführt habe, hätten auch die eingeleiteten Aktionen zur rationellen Energieverwendung erste Erfolge gezeigt.

Schweiz: Schwächerer Aussenhandel

Bern (AP) Der Aussenhandel hat sich im März weiter abgeschwächt. Die Einfuhren gingen im Vergleich zum Vorjahr um 10,0 und die Ausfuhren um 9,4 Prozent zurück, wie die Eidgenössische Oberzolldirektion am Montag mitteilte. Allerdings zählte der März 1991 wegen Ostern zwei Arbeitstage weniger als der März 1990. Auch die Quartalsbilanz weist tiefere Im- und Exporte aus.

Im März 1991 importierte die Schweiz – ohne den Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten – Waren für 7,693 Milliarden Franken. Real waren dies 4,0 und kalendertagbereinigt 5,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Exporte erreichten noch 6,821 Milliarden Franken, was real 11,2 Prozent weniger waren als im Vorjahr. Kalendertagbereinigt lagen die Exporte real 2,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Laut Mittelwertindex sanken die Preise der Importe um 6,2 Prozent, während die Preise der Exportgüter um 2,0 Prozent stiegen. Dies führte zu einer Verbesserung der Terms of Trade.

Türken lassen Kurden nun doch in ihr Land

Hunderttausende Flüchtlinge sollen in Lager gebracht werden – Gouverneur: «Wir haben unser Bestes getan»

Isikveren/Türkei (AP) Die Türkei hat am Montag nach wochenlangem Zögern konkrete Schritte eingeleitet, die unter unbeschreiblichen Bedingungen vor der Grenze ausharrenden irakischen Flüchtlinge ins Land zu lassen. Wie Behörden im türkischen Grenzgebiet mitteilten, sollen Hunderttausende Kurden aus dem unzugänglichen Gebirge in Lager in der Türkei gebracht werden, in denen sie von den internationalen Hilfsleistungen auch erreicht werden können.

Am Montag morgen brachen 20 Lastwagen und 20 Busse vom Grenzdorf Isikveren in die Berge auf, um die ersten entkräfteten Frauen und Kinder ins Tal zu holen. Ein Polizeioffizier, Hasan Huseyin, sagte, der Konvoi werde die Strecke mehrmals zurücklegen. Von der türkischen Hafenstadt Iskenderun brachen 47 Lastwagen mit Hilfsgütern für die Flüchtlinge in die Berge auf. In Isikveren schätzte eine Vorausabteilung amerikanischer Soldaten ab, was zur Organisation einer Rettungsinfrastruktur erforderlich ist.



Während internationale Hilfsmassnahmen anlaufen, sterben weiterhin zahlreiche KurdenInnen an Unterernährung, Kälte und Erschöpfung.

Die Istanbuler Zeitung «Hürriyet» berichtete am Montag, Staatspräsident Turgut Özal habe die Wende in der türki-

schon Flüchtlingspolitik nach einem Telefongespräch mit US-Präsident George Bush angeordnet.